

Wählt Frankfurt-Sozial!



Erklärung der MLPD zur Kommunalwahl

Am 15. März werden in Hessen die Kommunalparlamente gewählt. Dringend müssen Antifaschistinnen und Antifaschisten, Arbeiterinnen und Arbeiter, Aktivistinnen und Aktivisten der kämpferischen Massenbewegungen in die Stadtparlamente. Die Probleme in den Städten und Gemeinden sind groß. Schulen und Schwimmbäder sind oft marode. Die Mieten werden immer unbezahlbarer, die Gebühren steigen, was zusätzlich zu den steigenden Lebensmittelpreisen das Leben immer schwieriger macht. Betreuungs-Chaos aus Erziehermangel in den Kitas oder unwürdige Zustände in der Pflege müssen immer mehr die Familien ausbaden.

Keine der Berliner Parteien, die landauf landab in den Parlamenten sitzen, haben daran etwas geändert. Über Jahre wurden die kommunalen Finanzen ausgeblutet, zugunsten von Steuererleichterungen für die Monopol-Konzerne und einer nie dagewesenen Aufrüstung. Kanzler Merz will noch einen drauf setzen mit umfassenden Kürzungen bei den Sozialsystemen und der Rente, längerer Arbeitszeit und immer weiteren Steuererleichterungen – natürlich nur für die Wirtschaft.

Keine Stimme für Monopolparteien und Kriegsvorbereiter!

Es geht zwar um eine Kommunalwahl – aber mehr denn je beeinflusst die »große Politik« was vor unserer Haustür passiert. Es braucht tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen – und zwar vorwärts zum Sozialismus und nicht zurück!

Die AfD gibt sich als Vertreter des kleinen Mannes, als „Friedenspartei“ und verspricht, den etablierten Politikern einen

Denkzettel zu verpassen. Im Wahlprogramm zur Kommunalwahl der AfD Frankfurt zeigt sich, wessen Politik sie tatsächlich betreibt: Während sie eine Senkung der Gewerbesteuern – als wichtigste von den Unternehmen bezahlten Einnahmequelle der Kommunen – anstrebt und dass „Unternehmen ihre Potenziale frei entfalten können“, beklagt sie die angeblich zu hohen Ausgaben für Soziales und Kultur. In Minnesota/USA haben sich Zehntausende in Selbsthilfe- und Selbstverteidigungsgruppen organisiert. Sie stellen sich schützend vor ihre Freundinnen und Freunde, Nachbarn und Kollegen. In Deutschland bejubelt die AfD Donald Trump als Vorbild und stellt sich hinter das unmenschliche Vorgehen der ICE-Einheiten gegen Migrantinnen und Migranten. In Bayern fordert sie sogar, auch hier solche Einheiten aufzubauen. Die modernen Faschisten treten gemäßigter auf, in den USA zeigt sich aber: Früher oder später gehen sie zur brutalen Unterdrückung grade der Arbeiter über. Deshalb ist die AfD keine Alternative! Wir brauchen nicht Wölfe im Schafspelz, sondern Politikerinnen und Politiker mit Rückgrat, die tatsächlich den Interessen der breiten Massen verpflichtet sind und sich selbstlos dafür einsetzen.

In der Industrie sollen tausende Arbeitsplätze vernichtet werden. Laut der Kollegenzeitung „Blitz“ erwägt Opel, 7 europäische Autowerke zu schließen, darunter Rüsselsheim und Eisenach. Wer in der Situation Spaltung betreibt zwischen Arbeitern mit deutschem Pass und ohne, der ist nicht für die Arbeiter, sondern macht die Drecksarbeit für die Aktionäre zur



Verhinderung von Kämpfen. Auf der Liste „Frankfurt-Sozial“ stehen dagegen Arbeiter von Opel und vom Flughafen zur Wahl, die verlässlich für den breiten Zusammenschluss der Kolleginnen und Kollegen im Kampf um jeden Arbeitsplatz stehen. Die Liste ist überparteilich und weltanschaulich offen: religiöse Menschen arbeiten ebenso darin mit wie Marxisten-Leninisten.

Auf der Liste steht auch der ehemalige Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann. In seiner Amtszeit hatte er echte Verbesserungen für die Bevölkerung durchgekämpft. Einen Mietendeckel bei der ABG, kostenlose Kitabetreuung und Eintritt für Kinder und Jugendliche in Schwimmbäder, Eindämmung von Fluglärm. Mit dieser sozialen Politik hat er sich mächtige Feinde gemacht: von reaktionären Kräften in CDU, FPD und SPD bis zu Profiteuren am Flughafen und Wohnungsbaugesellschaften. Das war der Grund, warum mit einer systematischen, intriganten Diffamierungskampagne mit medialer Unterstützung seine Verunglimpfung und schließlich Abwahl organisiert wurde. So funktioniert die Diktatur der Monopole! Entscheidend ist, was jemand macht, nicht wie die Medien ihn darstellen. Aus den selben Gründen wird jetzt versucht, das Bündnis zu kriminalisieren. Mit einer Hausdurchsuchung und Besuchen der Kriminalpolizei bei hunderten Unterzeichnern für die Wahlzulassung werden die Unterstützer eingeschüchtert und Gründe gesucht, das Bündnis anzugreifen. Ein skandalöser Vorgang!

Wir fordern: Sofortige Einstellung der Befragungen von Unterstützern und des Verfahrens!

Kommt zu den Veranstaltungen von „Frankfurt-Sozial“, prüft Peter Feldmann und alle Kandidatinnen und Kandidaten auf Herz und Nieren und packt im Wahlkampf mit an! Wenn Unterstützerinnen und Unterstützer, Kandidatinnen und

Kandidaten vom Staatsapparat unterdrückt und diffamiert werden dann gilt: Einer für alle, alle für einen!

Ein echter Trumpf ist die internationale Zusammensetzung von „Frankfurt-Sozial“. In Zeiten der Weltkriegsvorbereitung, der faschistischen Gefahr und der globalen Umweltkatastrophe ist unsere Stärke die Internationale Solidarität. Egal ob im Stadtteil, wenn es um unsere Mieten, Renten, Kinderbetreuung geht, oder in der Welt, bei der Solidarität mit den Menschen in Gaza oder in Rojava – es ist Zeit, sich fester zusammenzuschließen und für eine lebenswerte Zukunft einzustehen, sich dafür zu organisieren.

Frankfurt-Sozial fordert:

Bezahlbares Wohnen!

Verbesserung der Kinderbetreuung, Bildung, Förderung und Freizeitmöglichkeiten für die Jugend!

Gesundheit darf kein Privileg sein! Pflege mit Würde und Respekt!

Kampf der Militarisierung der Kommunen, sowie gegen Rassismus und Faschismus!

Aber gehen wir noch weiter. Im Sozialismus wird all das zum gesellschaftlichen Alltag, wofür die Fähigkeiten von jedem gebraucht werden. Im Kapitalismus muss jede Verbesserung mühsam erkämpft werden – und schnell wird sie wieder untergraben oder gar abgeschafft. Profitprinzip und Konkurrenz verschlechtern systematisch die Lebenslage der Massen, ruinieren die Umwelt, beschwören imperialistische Kriege, und die Förderung faschistischer Kräfte herauf. Damit finden wir uns nicht mehr ab!

Gib Antikommunismus keine Chance!

Für eine breite Debatte über eine sozialistische Perspektive!

Auf zur sozialistischen Jugendbewegung!

► Ich möchte

- ☐ Eingeladen werden zu Veranstaltungen
- ☐ Mitmachen im Wahlkampf von Frankfurt-Sozial
- ☐ Die MLPD kennen lernen
- ☐ ein Probeabo der Roten Fahne (kostenlos)
- ☐ Mitglied der MLPD werden
- ☐ Mitglied im Jugendverband REBELL werden
- ☐ Sonstiges:

Name:

Adresse:

Telefon:

Email:



► Kommunales Leben im Sozialismus

Eine Veranstaltung der MLPD am 11. März im Saalbau Bornheim, Arnsburger Straße 24, Frankfurt Einlass um 18 Uhr Eintritt 2 Euro

► Palästina muss leben!

Die Organisation "Palästina muss leben" als Teil von Solidarität international unterstützt den Wiederaufbau in Gaza und insbesondere des Al-Awda Krankenhauses in Gaza Stadt.

Helft mit - spendet - organisiert euch!

Kontakt: palestine-oeffentlichkeit@protonmail.com
Hier gehts zum Youtube Kanal: @Palestine_mustlive

Kontakt: Landesgeschäftsstelle der MLPD
Lahnstraße 26, Frankfurt, Telefon: 069/97316356, Email: rhs@mlpd.de

► www.mlpd.de

Member of
ICOR

 **MLPD**
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands